

Die Wahrheit über NICS¹, das System, mit dem das FBI jeden Waffenkäufer prüft

Von [Stephen P. Halbrook](#) | 25. November 2020



Als der Gründer von Project Veritas, James O'Keefe, am 6. August diesen Jahres eine Flinte kaufen wollte, wurde er durch einen Backgroundcheck des FBI daran gehindert, den Kauf zu vollenden.

O'Keefe kam aus dem Laden heraus, hielt irgendwo kurz an und machte gleich ein [Video](#), das in den Medien große Aufmerksamkeit erregte. Da er der Gründer von Project Veritas ist, einer gemeinnützigen Organisation, die mit Hilfe von versteckten Kameras und Undercover-Informanten Verschwendung, Betrug und illegale Aktivitäten aufdeckt, fragte er sich, ob er zur Strafe für die vielen Videos, die er veröffentlicht hat, auf die schwarze Liste der Regierung gesetzt wurde.

O'Keefe reichte auch eine Klage gegen das FBI ein. Laut der Klage, die beim US-Bezirksgericht im südlichen Bezirk von New York eingereicht wurde, machte O'Keefe geltend, das FBI habe fälschlicherweise behauptet, er sei wegen eines Verbrechens verurteilt worden, und habe „Herrn O'Keefe in der Folge wiederholt, unrechtmäßig und ohne Begründung die Möglichkeit verweigert, eine Schusswaffe zu erwerben“.

¹ NICS ist die Abkürzung für National Instant Criminal Background Check System. Mit diesem System überprüft das FBI bei jedem Waffenkauf, ob der Erwerber erhebliche Vorstrafen hat, ob er ein Alkohol- bzw. Drogenproblem hat und ob er psychisch krank ist. Näheres zu NICS gibt es [hier](#). (Anm. d. Übers.).

Es ist jedoch viel wahrscheinlicher, dass es sich bei dieser Ablehnung lediglich um einen bürokratischen Fehler in einem schwerfälligen Regierungsapparat handelt.

Im Jahr 2010 wurden O'Keefe und drei seiner Mitstreiter verhaftet, weil sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in ein staatliches Gebäude eingedrungen waren. Die Gruppe hatte sich als Telefontechniker verkleidet, um Zugang zum Büro der damaligen Senatorin Mary Landrieu (Demokratin, Louisiana) in einem Bundesgebäude in New Orleans zu erlangen. Als sie geschnappt wurden, [bekannte sich O'Keefe](#) schließlich eines geringfügigen Vergehens der Klasse B schuldig. Dieses Vergehen hindert O'Keefe nicht daran, eine Waffe legal zu kaufen oder zu besitzen, aber es ist wahrscheinlich, dass die ursprüngliche Anklage eine Warnung im System auslöste, die den Verkauf stoppte.

NICS hat offenbar den richtigen Eintrag gefunden und die Warnung am 14. August entfernt. Jemand aus dem Waffengeschäft rief daraufhin O'Keefe an, um ihm mitzuteilen, dass er die Waffe nun doch kaufen könne. Diese Verzögerung hätte vermieden werden können, wenn ein NICS-Prüfer die richtigen Informationen in der [PACER](#)-Datenbank (Public Access to Court Electronic Records) schnell gefunden hätte; aber fairerweise muss man sagen, dass NICS in diesem Jahr mit Backgroundcheck-Anfragen regelrecht überflutet wurde.

Gegen ein gesundes Misstrauen gegenüber dem System ist natürlich nichts einzuwenden, aber als dieser Artikel geschrieben wurde, schien klar zu sein, dass O'Keefe eher ein Opfer der Unfähigkeit der Regierung als eines absichtlichen Fehlverhaltens war. Wie dem auch sei, der Vorfall zeigt uns, dass mehr Menschen die Unzulänglichkeiten und den erklärten Zweck von NICS verstehen müssen.



Als James O'Keefe, Gründer von Project Veritas, eine Waffe erwerben wollte, wurde der Kauf durch das Backgroundchecksysteem (NICS) des FBI verzögert. Er beschwerte sich lautstark.

Der Kampf gegen die Registrierung

NICS ist Waffenbesitzern gut bekannt als die FBI-Stelle, bei der Waffenhändler anrufen, um jemanden zu überprüfen, der eine Schusswaffe kaufen möchte. Die Verkäufe von Waffen sind in diesem Jahr sprunghaft angestiegen, was auf die Unsicherheiten zurückzuführen ist, die durch das Coronavirus, landesweite Unruhen und eine mögliche Präsidentschaft Bidens hervorgerufen wurden. Obwohl das NICS nie ein perfektes System war, hat das Jahr 2020 das System bis an seine Grenzen belastet.

Sie kennen die Routine. Wenn Sie sich für eine Waffe entscheiden, füllen Sie das [ATF-Formular 4473](#) aus, wobei Sie unter Strafandrohung eines Meineids bestätigen, dass Sie kein Schwerverbrecher oder anderweitig vom Erwerb einer Waffe ausgeschlossen sind. Der Händler wendet sich dann an NICS, das Sie in wenigen Minuten freischaltet oder maximal drei Tage warten lässt, um seine Aufzeichnungen zu recherchieren, woraufhin Sie die Waffe kaufen können, sofern kein disqualifizierender Eintrag auftaucht. Wenn Sie aufgrund falscher Eintragungen abgelehnt werden, können Sie Einspruch erheben.

NICS ist verpflichtet, alle Aufzeichnungen über den Kauf, mit Ausnahme einer Identifikationsnummer und des Datums, innerhalb von 24 Stunden nach Freigabe des Käufers zu vernichten. Diese Bestimmung folgt einer langen Tradition der Ablehnung der Registrierung von Waffen in der amerikanischen Geschichte. Angesichts der Erfahrungen von Nazi-Deutschland und Sowjetrußland mit der Beschlagnahme von Waffen und Tyrannei erklärte der Kongress im Property Requisition Act von 1941, dass das Second Amendment die Registrierung von Waffen verbietet. Der Gesetzgeber lehnte bei der Verabschiedung des Gun Control Act von 1968 die Registrierung von Waffen ebenfalls ab. Später verbot der Firearm Owners' Protection Act von 1986 dem Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (jetzt Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives), kurz ATF, ebenfalls die Einrichtung eines Systems zur Registrierung von Waffenbesitzern.

In den späten 1980er Jahren setzte sich Brady, eine Lobby-Organisation der Waffengegner, für eine landesweit geltende Wartezeit beim Kauf von Kurz Waffen ein. Die ersten Gesetzesentwürfe sahen keine Zuverlässigkeitsüberprüfung vor. Die NRA setzte sich dafür ein, dass der Kongress die Durchführbarkeit eines Backgroundchecks ohne Wartezeit und mit der Auflage, die Aufzeichnungen zu vernichten, untersucht. Brady übernahm dann die Idee der Zuverlässigkeitsüberprüfung, hätte aber der Regierung erlaubt, die Aufzeichnungen zu archivieren.

In der Debatte argumentierte Senator Orrin Hatch (Republikaner), dass „das Brady-Gesetz ein Schritt in Richtung Waffenregistrierung ist“. Senator Ted Stevens (R) sagte: „Wir haben alle, auch meine Generation, von Hitler gehört und wie er in einem Land nach dem anderen die Gesetze zur Waffenregistrierung auswertete und die Waffen denjenigen wegnahm, die sie besaßen.“ Er befürchtete, dass Polizei und Bundesregierung „Listen von Käufern von Kurz Waffen erstellen“ würden, wobei das Ziel die „landesweite Registrierung und

schließlich Konfiszierung von Waffen“ sei. Daher schlug Stevens einen Änderungsantrag vor, der „weder die Registrierung einer Waffe noch eines Waffenbesitzers zulässt; tatsächlich verbietet der Änderungsantrag ausdrücklich, Aufzeichnungen über rechtmäßige Verkäufe zu führen“.

Das NICS ist nur so gut, wie seine Daten genau und vollständig sind. Nachdem sich herausstellte, dass einige Staaten bestimmte Arten von Informationen nicht meldeten, verabschiedete der Kongress 2007 den NICS Improvement Act.

Der Gesetzentwurf, der schließlich Ende 1993 verabschiedet wurde, enthielt eine befristete Regelung mit einer Wartezeit von bis zu fünf Tagen und sah vor, dass die (einzel-)staatlichen und lokalen Strafverfolgungsbehörden beim Kauf von Kurzwaffen eine Zuverlässigkeitsüberprüfung vornehmen. Die vorübergehende Regelung sollte durch eine endgültige mit einer sofortigen Überprüfung durch die Bundesregierung ersetzt werden. Beide Versionen untersagten jedes System zur Registrierung von Waffen oder Waffenbesitzern.

Obwohl das von Präsident Bill Clinton (Demokratische Partei) unterzeichnete Gesetz als „Brady Act“ bezeichnet wurde, geht die Forderung nach einer unverzüglichen Zuverlässigkeitsüberprüfung und der Vernichtung der Aufzeichnungen in Wirklichkeit auf die NRA zurück.

Die Übergangsbestimmung hatte einen fatalen Fehler. Staatliche und örtliche Strafverfolgungsbeamte arbeiten nicht für das FBI und nehmen keine Befehle von der Bundesregierung entgegen. Sheriff Jay Printz aus Montana und andere Sheriffs aus dem ganzen Land, die damit beschäftigt waren, laufende Verbrechen zu stoppen und Morde aufzuklären, weigerten sich, Befehle aus Washington, D.C., dahingehend entgegenzunehmen, nach Informationen über ihre Mitbürger zu suchen, wenn diese Kurzwaffen kauften. Sie taten das trotz der Drohung eines ATF-Sprechers, dass die Sheriffs strafrechtlich verfolgt werden könnten, wenn sie es nicht tun.

Ich hatte das Privileg, diese Sheriffs in mehreren Fällen bis zum Obersten Gerichtshof der USA zu vertreten, der in der Rechtssache *Printz v. U.S.* (1997) in einem von Richter Antonin Scalia verfassten Urteil mit 5:4 Stimmen entschied, dass der Kongress die Bundesstaaten nicht zwingen darf, ein Regelwerk des Bundes auszuführen. Das Zehnte Amendment verbietet es dem Kongress, den örtlichen Gesetzeshütern zu befehlen, seine Anweisungen zu befolgen.

Im Jahr 1998 trat die endgültige Bestimmung in Kraft, nach der das FBI die Zuverlässigkeitsüberprüfungen selbst durchführt. Das Gesetz sieht vor, dass, wenn eine Person rechtmäßig eine Waffe erwerben kann, NICS eine eindeutige Nummer zuweist, die Nummer an den Händler weitergibt und „alle Aufzeichnungen des Systems in Bezug auf das Telefonat“ (mit Ausnahme der Nummer und des Datums) und „alle Aufzeichnungen des Systems in Bezug auf die Person oder den Kauf vernichtet“. Ein Kinderspiel, nicht wahr?

Die Bombe schlug ein, als Janet Reno, Clintons Justizministerin und durch die Tragödie von Waco berühmt geworden, ankündigte, dass das NICS einsatzbereit sei. Anstatt die Aufzeichnungen über rechtmäßige Käufer von Waffen zu vernichten, würde NICS die vollständigen Informationen über den Käufer einer Waffe – Name, Adresse, Ethnie und Geburtsdatum – sechs Monate lang aufbewahren. Sie nannte diese Liste „Prüfprotokoll“ statt Registrierung von Waffenbesitzern.

Es spielte keine Rolle, dass das Gesetz vorsah, dass keine Bundesbehörde (1) „verlangen kann, dass irgendein Datensatz“, der durch NICS erzeugt wurde, „von einer Einrichtung aufgezeichnet oder an sie übertragen wird, die den Vereinigten Staaten gehört, von ihnen geleitet oder kontrolliert wird“, oder (2) NICS benutzen darf, „um irgendein System zur Registrierung von Waffen, Waffenbesitzern oder Waffentransaktionen einzurichten“, es sei denn, es handelt sich um Personen, die nicht berechtigt sind.

Ich hatte das Privileg, diese Frage in dem Prozess *NICS v. Reno* zu klären. Doch im Jahr 2000 bestätigte das Berufungsgericht von Washington D.C. in einem 2:1-Urteil Renos Verordnung mit der Begründung, dass es nicht verstehe, was das Wort „Aufzeichnung“ bedeutet: „Was ist eine ‚Aufzeichnung‘, wann wurde sie ‚aufgezeichnet‘ und welche Art von ‚Aufzeichnung‘ kann nicht ‚aufgezeichnet‘ werden?“ Das Gesetz hätte natürlich nicht klarer sein können. Außerdem sagte das Gericht, dass das Registrieren von Waffenbesitzern für sechs Monate kein System zur Registrierung von Waffenbesitzern sei.

An der Entscheidung des Gerichts war auch Richter Merrick Garland beteiligt. Wie Sie sich erinnern, war er der Kandidat von Präsident Barack Obama für den Obersten Gerichtshof der USA nach dem Tod von Richter Scalia. Stellen Sie sich vor, wie einseitig² das Gericht geworden wäre, wenn diese Nominierung erfolgreich gewesen wäre.

In seiner abweichenden Stellungnahme schrieb Richter David Sentelle, dass „die Justizministerin dadurch nicht nur unbefugt nach der Macht greift, sondern auch Maßnahmen ergreift, die vom Kongress ausdrücklich verboten sind“. Ihre Ausrede war, dass der Kongress nicht gesagt habe, wann NICS die Aufzeichnungen löschen muss. Sentelle fand, dass das „an ein bockiges Kind erinnert, das seine Schwester an den Haaren zieht“; seine Mutter sagt ihm, es solle aufhören, aber es tut es wieder, mit der Begründung: „Mama, du hast nicht gesagt, dass ich sofort aufhören soll.“

Schließlich musste der Kongress eingreifen und anordnen, dass die Aufzeichnungen über genehmigte Waffenkäufe innerhalb von 24 Stunden nachdem NICS den Verkauf genehmigt hat, vernichtet werden müssen.

2 2016, nach dem Tod von Richter Scalia, gab es im U.S. Supreme Court eine Pattsituation. Vier eher (links-)liberalen Richtern standen vier eher konservative Richter gegenüber. Mit dem (links-)liberalen Garland, den Obama allerdings nicht durchsetzen konnte, wäre der Supreme Court nach links gedriftet (Anm. d. Übers.).

Probleme mit den Daten

In den letzten Jahren wurde das NICS-Gesetz mehrfach geändert. Der Kongress verabschiedete 2007 den NICS Improvement Act, der den Bundesstaaten finanzielle Unterstützung gewährte, um die vollständige Übermittlung der Daten zu fördern und die Wiederherstellung der Rechte von Personen zu unterstützen, die zu irgendeinem Zeitpunkt in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen worden waren, aber wieder vollständig genesen sind. (Davor bedeutete die Einweisung in eine psychiatrische Klinik ein lebenslanges Waffenbesitzverbot.)

Im Jahr 2017 wurde der Fix NICS Act eingeführt, um der bestehenden Pflicht Nachdruck zu verleihen, dass die Behörden die erforderlichen Berichte an das NICS übermitteln. Es ist unglaublich, dass Behördenleiter das Gesetz ignoriert hatten und, anstatt entlassen zu werden, mit dem Verlust von Bonuszahlungen bedroht wurden, falls sie dies weiterhin taten. Der Gesetzentwurf bot den Bundesstaaten auch mehr Zuschüsse für die Meldung von Daten an.

Das NICS musste auch in anderer Hinsicht verbessert werden. Wie ich in einer Anhörung vor dem Justizausschuss des US-Senats ausgesagt habe, verweigert das NICS manchmal den Erwerb einer Waffe aufgrund eines falschen Eintrags. Wenn eine Person, die in Wirklichkeit zum Erwerb einer Waffe berechtigt ist, gegen die Verweigerung Einspruch erhebt, dann obliegt es nach NICS dieser Person, den Eintrag bei der Regierungsstelle, die ihn erstellt hat, zu berichtigen. Die Person stellt dann möglicherweise fest, dass diese Behörde nicht reagiert und bleibt dadurch in diesem bürokratischen Schwebezustand stecken. Das NICS sollte daher verpflichtet werden, sich direkt an die Behörde zu wenden, von der der Eintrag stammt, um diesen zu korrigieren.

Leider wurde Fix NICS ohne eine solche Änderung verabschiedet. Die Bürger sollten nicht eines ordnungsgemäßen Verfahrens sowie ihrer Second Amendment-Rechte beraubt werden, weil die Unterlagen irgendeiner Regierungsbehörde unvollständig und ungenau sind. Der Justizminister könnte eine Rechtsverordnung erlassen, um das Problem zu beheben.

In einigen Fällen kann NICS innerhalb weniger Minuten überprüfen, ob ein Eintrag nicht stimmt, da viele Gerichtsakten heute online sind. Wenn ein abgelehnter Waffenkäufer behauptet, dass ein Verurteilungsvermerk des Bundes im NICS-System nicht korrekt ist, kann ein NICS-Prüfer mit ein paar Klicks am Computer über [PACER](#) auf das Urteil zugreifen, falls vorhanden.

Häufig werden Angeklagte wegen schwererer Straftaten angeklagt als sie tatsächlich begangen haben, aber für nicht schuldig befunden oder für weniger schwere Straftaten verurteilt, wodurch sie nicht vom Erwerb einer Waffe ausgeschlossen sind. Ich habe einmal einen NICS-Einspruch bearbeitet, bei dem mein Mandant ursprünglich eines Verbrechens angeklagt war, aber eines Vergehens für schuldig befunden wurde. NICS fand nur die Anklage wegen des Verbrechens und verweigerte den Kauf. In unserer Beschwerde wies uns

das NICS an, den U.S. Marshal des zuständigen Gerichts zu bitten, den korrekten Eintrag zu bestätigen, aber sein Büro beantwortete nicht einmal unsere Post. Ich kannte die damalige Anwältin des NICS, rief sie an, und sie fand schnell den richtigen Eintrag über PACER.

Damit soll NICS keineswegs schlecht gemacht werden, welches im Allgemeinen reibungslos funktioniert und viele engagierte Mitarbeiter hat. Dieses Jahr hat NICS die höchste Zahl von Waffenverkäufen in der amerikanischen Geschichte (ja, sogar in der Weltgeschichte) abgewickelt. Die Verkäufe begannen Anfang 2020 sprunghaft anzusteigen aufgrund einer Kampagne gegen Waffenbesitzer, die von den demokratischen Präsidentschaftskandidaten propagiert und von neuen Gesetzen begleitet wurden. Sie nahmen weiter stark zu aufgrund der Unsicherheiten durch die Coronavirus-Pandemie und schnellten als Reaktion auf die Unruhen, Plünderungen und Brandstiftungen in diesem Sommer noch weiter in die Höhe.

Nichtsdestotrotz müssen gesetzestreue Waffenbesitzer wachsam bleiben, damit das System in Zukunft nicht von Waffengegnern unterwandert wird. NICS darf es niemals erlaubt werden, Aufzeichnungen über genehmigte Käufer zu führen. Registrierung von Waffen bedeutet Konfiszierung von Waffen.

Stephen P. Halbrook ist Rechtsanwalt und hat Fälle vor dem Obersten Gerichtshof der USA verhandelt. Er ist Senior Fellow des Independent Institute und Autor von *The Founders' Second Amendment*, *Gun Control in the Third Reich* und *Gun Control in Nazi-Occupied France*. 2021 erschien sein neuestes Werk mit dem Titel *The Right to Bear Arms: A Constitutional Right of the People or a Privilege of the Ruling Class?*

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**The Truth About NICS**“ kann man hier abrufen: <https://www.americas1stfreedom.org/articles/2020/11/25/the-truth-about-nics/>